3/2020

ANDREAS LÄMMELS

BERLINER RUNDSCHAU

Liebe Leserinnen und Leser,

während in Sachsen die Schulferien begannen, hagelte es im Rest des Landes Rücktritte. Sport, Kirche, Politik — einer nach dem anderen warf das Handtuch oder musste es werfen. Am Montag folgte nun auch Frau Kramp-Karrenbauer, die noch in der letzten Woche nach Erfurt gefahren war, um der Thüringer CDU ordentlich den Marsch zu blasen. Das ein kleines Bundesland so viel bewegen kann, ist ja schon merkwürdig. Man muss nochmal daran erinnern: Die CDU hat in Erfurt keinen AfD-Kandidaten gewählt, sondern einen FDP-Mann! Die Stimmenverhältnisse in ostdeutschen Landtagen sind eben nun mal schwieriger, als anderswo in der Republik. Das kennen wir ja auch aus Sachsen. Damit muss man auch irgendwie arbeiten.

Noch merkwürdiger ist aber der nun angedachte Zeitplan der Noch-Parteivorsitzenden. Wie sollen wir denn bitte noch bis zur zweiten Jahreshälfte warten, bis ein Nachfolger und damit auch ein vermutlicher Kanzlerkandidat respektive Kandidatin gefunden ist? Denn zu dieser Erkenntnis hat man ja nun doch wieder zurückgefunden: Parteivorsitz und Kanzlerschaft gehören in einer Hand. Wer hätte es gedacht?

Vor allem für die Medien wäre das natürlich wieder ein gefundenes Fressen. Könnte man doch so über Monate jeden Tag allen Beteiligten die immer gleichen Fragen stellen, die Diskussion um eventuelle Nachfolger anfachen, mehr und mehr Namen in den Ring werfen und alle möglichen Hiobsbotschaften in die Welt setzen.

Schon in den letzten Tagen und Wochen war es doch eine ziemliche Panikmache. Lebensgefahr wegen Corona-Virus, Lebensgefahr wegen Sturm und nun also Lebensgefahr wegen der CDU. Beim Sturm blieb es dann aber immerhin auch dabei. Wenigstens hat man über jeden abgebrochenen Ast haarklein berichtet. Klar, in einigen Ecken Deutschland waren die Auswirkungen größer als anderswo. Aber vom bundesweitern Notstand konnte ja nun wirklich keine Rede sein. Und bei diesem Wetter muss man nun wahrlich nicht gerade auf den Brocken steigen. Am Ende war es also viel Lärm um nichts. Hoffen wir, dass es bei der politischen Großwetterlage ähnlich glimpflich ausgeht.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen ein erholsames Wochenende.

Andreas Lämmels

Ein umfassendes Verhandlungsmandat für die künftigen Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich nach dem BREXIT – Für eine faire und enge Partnerschaft. Wir streben auch nach dem Austritt des Vereinigten Königreiches aus der EU eine enge Partnerschaft an. Dabei müssen zentrale EU-Interessen wie die Integrität des Binnenmarkts und die Entscheidungsautonomie der EU allerdings gewahrt bleiben. Bei den anstehenden Verhandlungen über die künftigen Beziehungen muss die Entwicklung der Beziehungen zum Vereinigten Königreich insgesamt im Auge behalten werden.

Gesetz für einen fairen Kassenwettbewerb in der gesetzlichen Krankenversicherung (Fairer-Kassenwettbewerb-Gesetz). In zweiter und dritter Lesung wurde mit dem Faire-Kassenwettbewerb-Gesetz der Risikostrukturausgleich zwischen den einzelnen Krankenkassen reformiert. Verschiedene Fehlanreize und Wettbewerbsverzerrungen, die seit einiger Zeit festzustellen waren, können so abgestellt und ausgeglichen werden. So werden etwa die wettbewerblichen Rahmenbedingungen im Finanzausgleich angepasst und das Organisationsrecht modernisiert. Für alle Krankenkassen sollen dadurch möglichst gleiche Wettbewerbsbedingungen geschaffen werden. Im Einzelnen wird zur besseren Bestimmung des Ausgleichsmechanismus beispielsweise eine Regionalkomponente in die Bewertung eingefügt und das System durch eine Manipulationsbremse geschützt. Auch vorgesehen ist etwa ein Risikopool zur Abfederung von Hochkostenfällen.

Gesetz zur Verlängerung und Verbesserung der Regelungen über die zulässige Miethöhe bei Mietbeginn. In dieser Woche stimmte der Bundestag in zweiter und dritter Lesung für eine Verlängerung der Mietpreisbremse für die Dauer von fünf Jahren. Dieses Instrument soll es den Ländern erneut ermöglichen, ein Gebiet mit einem angespannten Wohnungsmarkt durch Rechtsverordnung zu bestimmen, die weiterhin eine Höchstgeltungsdauer von fünf Jahren betragen darf. Spätestens mit Ablauf des 31. Dezember 2025 sollen alle Rechtsverordnungen außer Kraft treten. Außerdem stärken wir den Mieter dadurch, dass dieser gegenüber dem Vermieter auf Rückzahlung zu viel gezahlter Miete bestehen kann.

© Deutscher Bundestag / Thomas Trutschel/photothek.net

Beratung des 12. Berichts der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Im Plenum wurde in dieser Woche der 12. Bericht der Migrationsbeauftragten beraten, der die Entwicklungen und Erkenntnisse über Migration und Integration in sämtlichen gesellschaftlichen Bereichen beschreibt und Handlungsbedarfe benennt. Der Bericht unterstreicht unter anderem, dass Integration so früh wie möglich beginnen muss. Die Beauftragte fordert in diesem Zusammenhang einen verpflichtenden Sprachtest für alle Kinder und eine bessere Sprachförderung schon vor der Einschulung. Neben der Schulbildung ist auch die Teilhabe am Arbeitsmarkt entscheidend für die Integration.

Gesetz zur Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 26. März 2019 zum Ausschluss der Stiefkindadoption in nichtehelichen Familien. Im Sinne einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts wurden die Stiefkindadoptionen in zweiter und dritter Lesung auch auf nichteheliche Familien ausgeweitet. Bislang ist die Stiefkindadoption nur innerhalb von Ehen möglich. Erforderlich für eine derartige Adoption ist der Nachweis über eine "verfestigte Lebensgemeinschaft". Diese liegt vor, wenn die beiden Personen seit mindestens vier Jahren eheähnlich zusammenleben. Zudem stellen wir klar, dass eine verfestigte Lebensgemeinschaft nicht vorliegt, wenn ein Partner mit einem Dritten verheiratet ist.

MEHR GELD FÜR FORTBILDUNGEN

Berufliche Weiterbildung und lebenslanges Lernen werden immer wichtiger. Ein effizientes Weiterbildungssystem ist daher zentraler Bestandteil einer guten Bildungs–, Wirtschafts- und Sozialpolitik. Es gibt jedem Menschen die Möglichkeit, seine Fähigkeiten und Begabungen im Einklang mit dem technischen Fortschritt optimal zu entwickeln.

Auf dem deutschen Weiterbildungsmarkt sind rund 22.000 Anbieter aktiv. Dabei stellt die **Unübersichtlichkeit** viele Menschen vor Probleme. Oft fehlt es an Transparenz über Anforderungen, Aufwand, Abschluss und Nutzen der jeweiligen Möglichkeiten. Das ist einer der Gründe dafür, dass sich in Deutschland zu viele Menschen noch zu wenig weiterbilden. Hinzu kommt, dass sich Unternehmen oft nur ab einer bestimmten Größe die **Finanzierung von Weiterbildungsstrukturen** leisten können. Kleine und mittlere Unternehmen verfügen meist über keine großen Personalabteilungen, um entsprechende Konzepte und Angebote für ihre Mitarbeiter zu entwickeln.

Damit sich noch mehr Menschen fortbilden, wird nun das **Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz** gestärkt. Wer sich zum Handwerks- oder Industriemeister, zum Techniker, Betriebswirt oder staatlich geprüften Erzieher fortbilden will, wird bald noch besser unterstützt, denn die **Förderleistungen werden ausgebaut**. Konkret unterstützt das sogenannte Aufstiegs-BAföG die Vorbereitung auf mehr als 700 Fortbildungsabschlüsse. Diese Förderung wird teilweise als Zuschuss, der nicht zurückgezahlt werden muss, teilweise als zinsgünstiges Darlehen gewährt.

Die wichtigsten Verbesserungen:

- Der **einkommensabhängige Zuschuss** zum Unterhalt wird zu einem Vollzuschuss ausgebaut (bisher 50 Prozent).
- Der **Unterhaltsbeitrag pro Kind** und Ehepartner (je 235 Euro) wird zu 100 Prozent als Zuschuss gewährt (bisher zu 45 beziehungsweise 50 Prozent als Darlehen).
- Der **Kinderbetreuungszuschlag** für Alleinerziehende wird von 130 auf 150 Euro pro Monat erhöht.
- **Lehrgangs- und Prüfungskosten** werden künftig zu 50 Prozent vom Staat bezuschusst (bisher 40 Prozent), der Rest als Darlehen gewährt.
- Einzelne können künftig auch **mehrfach von der Förderung profitieren**, nämlich auf allen drei Fortbildungsstufen (zum Beispiel vom Gesellen zum Techniker, vom Techniker zum Meister, vom Meister zum Betriebswirt).

Der Deutsche Bundestag hat darüber hinaus im Juni 2018 die **Enquete-Kommission „Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt“** eingesetzt. Die Kommission setzt sich zusammen aus 19 Abgeordneten und 19 Sachverständigen aus Praxis, Verbänden und Wissenschaft. Sie soll ihren Abschlussbericht bis zum Sommer 2021 vorlegen. Im Juni 2019 haben Bund, Länder, Sozialpartner und die Bundesagentur für Arbeit die **Nationale Weiterbildungsstrategie** beschlossen, bei der ebenfalls die berufliche Weiterbildung im Mittelpunkt steht. Die Union hat mit **MILLA („Modulares Interaktives Lebensbegleitendes Lernen für Alle“)** das Konzept für eine nationale Weiterbildungsplattform erarbeitet. MILLA soll kostenlos sämtliche verfügbaren Weiterbildungsangebote bereitstellen und individuell für die Bedürfnisse der Nutzer sowie der Anbieter und Unternehmen anpassbar sein. E-Learning verbindet Flexibilität und erhöht so die Motivation.

BEGEGNUNGEN

Die **IMA Dresden** ist eines der großen Prüfzentren in Sachsen, um Entwicklungen schnell und sicher marktfähig zu machen. Als Partner von Industrie, Wirtschaft und Forschung trägt die IMA seit 25 Jahren dazu bei, die Produkte von morgen zuverlässig, effizient und sicher zu machen. Diese Erfolgsgeschichte für Dresden aber auch Sachsen begleite ich nun schon viele Jahre. Mit dem Geschäftsführer Prof. Thomas Fleischer stehe ich dazu im Dialog, wie wir den Standort weiter zukunftssicher ausbauen können.

Das Handwerk, die Wirtschaftsmacht von nebenan. Unter diesem Motto habe ich mich mit dem Team der Geschäftsstelle um **Kreishandwerksmeister Michael Möckel** über die aktuellen Probleme aber auch Chancen des Handwerks in Dresden ausgetauscht. Besonders die Fragen der Fachkräftegewinnung und der Unternehmensnachfolgen brennen den Handwerkern zunehmend unter den Nägeln. Wir waren uns auch einig, dass wir vor allem für kleine Betriebe weiter Bürokratie beseitigen müssen.

Gemeinsam mit **Martin Modschiedler MdL** war ich zu einem Vor-Ort-Termin in der **Feinbäckerei Rebs**. In der eigenen Backstube werden in Handarbeit Brote, Brötchen und sächsischen Kuchen hergestellt. Thema war natürlich die Bonpflicht. Hier muss eine praktikable Lösung her und dafür wollen wir uns einsetzen.

Über Probleme und Chancen des Dresdner Arbeitsmarktes habe ich mich mit **Thomas Berndt, dem neuen Geschäftsführer vom Jobcenter Dresden** ausgetauscht.

TERMINE

17.-22.02.2020, Indien
Reise des Ausschusses für Wirtschaft und Energie

26.02.2020, Dresden
Heringsessen am Aschermittwoch

01.-02.03.2020, Brüssel
Reise der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Energie der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Impressum: Andreas Lämmel - Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1, 11011 Berlin , Tel. 030 22770200 / Wahlkreisbüro, An der Kreuzkirche 6, 01067 Dresden, Tel. 0351 8025943
Bestellung per E-Mail: newsletter@andreas-laemmel.de / www.andreas-laemmel.de / www. facebook.com/laemmelmdb